

Mächten verbeauftragten. Für den Eintritt eines solchen Gruppenes macht es der Artikel 12 der Völkerbundstatut den Bundesministeriums zur Pflicht, die Angelegenheit „dem Völkerbundrat oder einer Untersuchung durch den Rat zu unterbreiten“. Artikel 13 bestimmt, daß die Parteien „ohne den geringsten Verzug die Darlegung ihres Streitfalls mit allen bestmöglichen Mitteln und Beweismitteln“ dem Rat aufstellen, und im nachfolgenden Artikel wird festgesetzt, daß sämtliche Bundesministerien einem Mitglied gegenüber, das die oben genannten vertraglichen Verpflichtungen verletzt, unverzüglich alle Handels- und finanzielle Beziehungen abbrechen und ihren Staatsangehörigen jeden Verkehr mit den Angehörigen des vertragsoberhaupten Staates verbieten.

In diesem streng vorgeschriebenen Rahmen hatte sich die Handlungswelt der beiden am südeuropäischen Konflikt unmittelbar beteiligten Mächte und auch die der anderen zu untersetzen, die zum Streitfall nur durch ihre Angehörigkeit zum Völkerbund in unmittelbarer Verbindung stehen. Man muß aber sagen, daß mit Ausnahme Griechenlands, das sich unverzüglich an den Völkerbundsrat wendete, kein einzelner der Völkerbundstaaten vollauf seinen Pflichten genügte. Italien, dem derseitige Sieg wie Griechenland vorgeschrieben war, unterstellt jeden Antrag auf Schiedsverfahren beim Rate; es ist leicht offensichtlich, daß der Athener Regierung erklären, daß es eine Unrechtmäßigkeit durch die seine Ehre in Mitteldeutschland geworden wäre, nie und nimmer vom Völkerbund entscheiden lassen würde. Das Völkerbundstatut kennt keine Bestimmung, wonach Verlebungen der nationalen Ehre vor ein anderes Forum als den Völkerbundsrat selbst gehoben werden. Und auch die beiden anderen von Musolini gegen die Aufständigkeit des Völkerbunds erhobenen Einwände, daß nämlich die Völkerbundskonferenz bereit sei, vor dem Völkerbund mit dem Konflikt belebt worden sei und daß die griechische Regierung, der die Anerkennung der Alliierten fehle, keinen Antrag stellen könnte, finden in den Sagasen des Völkerbunds keine Bedeutung. Die Völkerbundskonferenz ist von dem ihr unterstehenden Bürgern der internationalen Grenzschließungskommission in Albanien pflichtgemäß und ohne speziellen Antrag der italienischen Regierung benannt worden und hat auf Grund dieser Mitteilung ihren sehr energischen Protest gegen Griechenland erichtet. So durch diese Voranlässe die Handlungsfreiheit und die Handlungspflicht des Völkerbundsrates beeinträchtigt wurde, ist eine Annahme, die in der Sicht schwert.

Was die allerdings noch ausstehende Anerkennung der griechischen Regierung durch eine Anzahl Alliierter anlangt, so steht eindeutig fest, daß ein Regierungsschsel in einem Lande, das einmal Mitglied des Völkerbunds ist, weder dessen Rechte noch Pflichten dem Bunde gegenüber somit ändert. Wenn also Italien schließlich in erster Ueberzeugung von der Berechtigung seiner Gründe, die Anerkennung des Rates unterstellt, so muß der Rat wenigstens auf den griechischen Antrag hin die Konfliktmaterie und die italienischen Einwände prüfen und Sicht ihre Schrift die vom Statut vorbeschriebene Entscheidung treffen. Dazu hat nun der Rat nicht ausstehen können. Er ist zwar in eine Erörterung der Aufständigkeitfrage eingetreten, hat aber die ganze Angelegenheit gegen den Einpruch Cecils und Brantings dann verlegt. Damit ist es ihm wohl gelungen, die Gefahren, die sich im vorliegenden Falle mit einer konsequenten Durchführung der statutarischen Bedingungen verbinden, zu umgehen und Italien vor der Executive zu schützen. Gleichzeitig aber hat er mit diesem ausweichenden Verhalten das leste Antrauen zerstört, das die Völker der Welt zu ihm als unparteiischer Anhänger zum Teil vielleicht noch besaßen.

Was nicht es, wenn England jetzt, durch die Vorstellungen Cecils bewogen, verhindern läßt, daß es das Ansehen des Völkerbundes retten und daß es eine Umgehung der klaren Zugaben des Bundes nicht dulden werde? Der Eiser kommt zu spät. Denn die einmal vorhandene Blamage, die sich der Völkerbundsrat in seiner Sitzung vom letzten Sonnabend zu erzeigen hat, ist nicht ungestrichen zu machen. Der Völkerbund kann nicht handeln; er ist das Opfer der naturgegebenen politischen Einstellung seiner Mitglieder; er ist und bleibt ein Phantom, auf das es sich nicht lohnt, auch nur eine einzige Hoffnung zu legen. Das sind die Ergebnisse, die der griechische Antrag um der allgemeinen Klarheit willen dankenswerterweise zugefordert hat. Vor unseren Augen aber steht die starke und hilflosigkeit der Hinterstaatenvereinigung wie ein ernstes Menetekel. Wenn Deutschland einmal in die traurige Lage fände, als Mitglied dieses Bundes eine französische Verwaltung zum Begriff eines Besatzungs- oder auch nur einer Erroberung machen zu müssen, was hätte es da zu erwarten? Ein peinliches Sichvertrüben aller der Staaten, die das Bündniß kennen, aber um ihrer großen Protektoren willen nicht ausspielen dürfen, ein entiges Verlegen und Verstüppen seiner Verbündeten und schließlich, wenn es ausdrücklich wird, den „durch Abstimmung aller anderen im Rate vertretenen Bundesmitgliedern“ erfolgenden Aussturz. Ein einigermaßen bewußtes Deutschland wird diese Möglichkeiten zu vermeiden suchen. Es wäre Zeit, daß sich dieser Überzeugung auch diejenigen Acrie anschließen, die Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund bis in die letzte Zeit hinlängt auf das bestürzte propagierten und sie sogar zu einer grundlegenden Bedeutung für ihre Beteiligung an der gegenwärtigen Regierung machen.

Ausdehnung der italienischen Besetzung an der Küste von Epirus.

Paris, 4. Sept. „Chicago Tribune“ berichtet aus Athen: Die Italiener hätten begonnen, Truppen in Sanquaranto nördlich von Korfu zu landen. Die Nachricht kommt aus Jonina, sei aber noch nicht offiziell bestätigt. Man nehme jedoch an, daß die Italiener die Abfahrt hätten, die Küste von Epirus, wahrscheinlich auch das Innere, zu besetzen. Offiziell verlautet, daß die italienische Flotte auf der Insel Korfu im Dodekanes, den Italiener nach dem Vertrag von Jonina erworben habe, einen Stützpunkt eingerichtet habe.

Eine neue Willkürordnung der Rheinlandkommission.

Paris, 4. Sept. Nach einer Havademeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, in der Absicht, die Organisation des Widerstandes gegen ihre Befehle durch die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet zu brechen, folgende Ordonaunce auszugeben:

§ 1. Die Delegierten der Rheinlandkommission in den einzelnen Bezirken können von jedem Tolument Kenntnis nehmen oder nehmen lassen, das für die deutschen Verwaltungen, die innerhalb ihres Bezirktes bestehen, bestimmt ist; wo immer genugend Grund zu der Vermutung vorliegt, daß die Verwaltungen eine Täuschung ausüben, die sich gegen die Befehle der Rheinlandkommission oder die Interessen der Bevölkerung richtet.

§ 2. Jeder Ober- oder Unterbeamte, jeder Agent, der sich weigert, den nach Artikel 1 gegebenen Instrumenten zu gehorchen, oder der die Verzeichnisse und Dokumente, deren Witterung gefordert wird, verheimlicht, oder zu verheimlichen versucht, sagt sich den Strafen aus, die für ein Vergehen gegen die Ordonnanz der Rheinlandkommission festgesetzt wurden.

§ 3. Wenn infolge Abberufung, Verweigerung oder abgelehnter Genehmigung der Ernennung eines Beamten ein Posten in einer deutschen Verwaltungsstelle frei wird, kann die Rheinlandkommission auf Vorschlag ihres Delegierten, wenn es scheint, daß das Wetterbestehen der Balanz der Sicherheit, den Bedürfnissen und dem Unterhalt der Arme entspricht, und wenn die fragliche Balanz nicht dadurch ausgeschafft werden kann, daß sie in der fraglichen Verwaltung bereits beschäftigte Beamte dazu beruft, selbst die Ernennung für den freien Posten vorschlagen.

850 Milliarden von Belgien getaut.

Paris, 4. Sept. Nach einer Blättermeldung aus Norden haben Requisitionen von Marktbezügen seitens der Belgier im gesamten von ihnen besetzten Gebiet stattgefunden, wobei ihnen in den verschiedenen Zweigstellen der Reichsbank 850 Milliarden in die Hände fielen. (W. T. B.)

Ein deutsch-französischer Wirtschaftsblock?

Französische Bedingungen für eine wirtschaftliche Allianz.

(Gigner Drabberber der „Dresdner Nachrichten“) Paris, 4. Sept. Aus Anlaß der letzten Rede des Reichskanzlers Stresemann schreibt die Kontinental-Klausade des „New York Herald“: Wie sind in der Sache, jetzt zu schließen, daß Poincaré eine wirtschaftliche Allianz mit Deutschland als unabdinglich notwendig ansieht, da die Doktrin der beiden Staaten einander ergänzen müssen, und daß eine wirtschaftliche Allianz sicherlich auch zu einer politischen Entente zwischen beiden Ländern führen würde. In hohen französischen Kreisen wird dies als durchaus möglich angesehen, wenn Deutschland die kauziale Erklärung annehmen würde, daß die Ruhebefreiung aufhört, sobald Deutschland bezahlt habe, und daß Frankreich weit davon entfernt sei, auch nur ein Stück deutsches Boden anstreiken zu wollen. Poincaré erholt einen künftigen Frieden, der auf die Zukunft gegründet sei, daß es für Deutschland und Frankreich besser wäre, einen Wirtschaftsblock zu bilden, als in jeder Generation Millionen für Kriege auszugeben.

Die Rede Stresemanns in Stuttgart werde in Paris als ein erster Schritt für die von Berlin kommende Ankündigung angesehen, daß eine Harmonie zwischen Frankreich und Deutschland gezielt werde und daß man den Widerstand zukünftig für die deutschen Interessen ebenso schädlich betrachte, wie er von der Regierung Cuno als patriotisch erklärt worden sei.

Die französische Regierung sei weiterhin durchaus willens, über ein Abkommen irgendwelcher Art zu sprechen, und Poincaré beteuerte, daß dieses Hand in Hand gehen müsse mit einer befriedigenden Regelung der Reparationsfrage, auf der nunmehr die Blüte ganz Europas beruhe. Aber die französische Regierung sei nicht gewillt, irgendwelche privaten Verhandlungen mit Staines, Thossen, Wolf, Krupp oder anderen zu führen.

Die Wirkung der Kanzlerrede auf England.

(London, 4. Sept. „Morning Post“) schreibt zur Rede Dr. Stresemanns in Stuttgart: Der Reichskanzler habe zwei Hauptansprüche vor sich, die Reform der deutschen Finanzen und die Vereinigung des Gegenseitigen zwischen Deutschland und Frankreich. Die französischen Taten alles, was in ihrer Macht liege, um die schwerwiegenden Aufgaben des deutschen Kanzlers leichter zu gestalten. Die Entente müsse erst wiederhergestellt werden, bevor sie bei der Wiederherstellung der deutschen Finanzen helfen könne. Nach der Wiederherstellung der Entente werde sich der amerikanische Präsident Coolidge vielleicht ermutigt fühlen, aus seiner Isolation hervorzutreten.

Die „Times“ erklären, sie erkennen vollkommen an, daß Deutschland die Wahl habe, zwischen dem Chaos des Bürgerkriegs und der Schaffung einer angemessenen Verbindung mit der Umwelt. Kein deutscher Staatsmann habe so nachdrücklich wie Stresemann betont, daß Deutschland unbedingt willens sei, Reparationen zu zahlen und produktive Pläne zu diesem Zweck zu schaffen. Das Blatt ist der Ansicht, das sehr ernste politische Hindernisse noch wegzuräumen wünschen, bevor die Möglichkeit einer Entente auch nur angenommen werden kann. Aber Stresemanns Angebot sei hauptsächlich an Frankreich gerichtet. Es sei vermutlich erfolgt zum Zwecke, einige dieser politischen Hindernisse zu beseitigen. Sein wirtschaftliches Angebot sei ein Versuch, die deutsche Unabhängigkeit und die wirkliche Souveränität der deutschen Regierung über ihre eigenen Gebiete durch einen festen Vertrag, Reparationen zu zahlen, zu sichern. Das von Stresemann gemachte Angebot unbedacht zu lassen, bedeutet das leste Angebot verwerfen, das Deutschland in einer einigermaßen vernünftigen Hoffnung machen könnte. Dieses Angebot zu ergreifen und zu entwickeln, würde eine direkte Erweiterung für das deutsche Volk sein, eine Anstrengung für sein eigenes Land zu machen. (W.T.B.)

Schwere Besorgnisse der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 4. Sept. Wie die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei mitteilt, waren die Ausführungen Dr. Stresemanns in Stuttgart bereits Gegenstand eingehender Besprechungen in seitenden Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei. Nach deutschnationaler Überzeugung geben diese Erklärungen zu aller schwersten Besorgnissen über den weiteren Ablauf der Reichsregierung Anlaß. Die deutschnationalen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages haben deshalb bereits bei dem Vorsitzenden des Ausschusses die sofortige Einberufung beantragt.

Ein Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 4. Sept. Dr. Weßlinger, der Leiter der Tarifabteilung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, hat seinen Austritt aus der Deutschnationalen Volkspartei durch ein Schreiben erklärt, das er an den Vorsitzenden einer Berliner Ortsgemeinde richtet. Er begründet seinen Austritt damit, daß er infolge des ihm durch seine Tätigkeit ermöglichten Einblicks in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Aussicht ist, daß die im Kabinett Stresemann ge-

Weitere Einzelheiten der japanischen Katastrophe.

Tokio und Yokohama am schwersten betroffen.

Paris, 4. Sept. Wie Hauss aus Osaka meldet, berechnet das Marineminister allein in Tokio die Zahl der Toten auf 150 000. Es hat den Anschein, als ob man des Feuers in Tokio noch nicht Herr geworden sei. 30 Mitglieder der Regierungspartei sind bei dem Erdbeben und Leben gekommen, während sie eine Sitzung abhielten. Der Fürst Matsudaira ist infolge des erschütterten Verlebens gestorben. Unter den eingezogenen Häusern befindet sich die französische und die italienische Botschaft. Von großen öffentlichen Gebäuden, die in Tokio eingestürzt sind, werden u. a. genannt: die Nationalbank, das Kaiserliche Museum, die Universität, ein Teil des Kriegsministeriums, zwei Theater und alle Bahnhöfe mit Ausnahme des Hauptbahnhofs. Das Stadtgebäude ist unverrichtet geblieben. Alle Fernsprech- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Insgesamt sind in Tokio 200 000 Häuser zerstört, davon durch Feuer 150 000.

Das Feuer hat sich dadurch so weit ausgedehnt, daß die Gebäude durch das Erdbeben zerstört wurden und in Brand gerieten. Nach einer weiteren Meldung beläuft sich die Zahl der Flüchtlinge in den Orten Shida und Nagata auf viele Tausende. Von Minute zu Minute kommen neue Flüchtlinge an. Der Kaiserliche Palast gleicht einem Herdengericht. Tausende, die Verwandte in Tokio haben, versuchen, trotz der Wehrhaft, in die Stadt zu gelangen. Die Borden verweigern ihnen aber den Zutritt. Mehrere Schiffe, besonders die „Selma-Gito“, die 180 Passagiere an Bord hat, ist schwer beschädigt. Tampier sind zu den Hilfsleistungen abgegangen. (W. T. B.)

Das Schicksal der fremden Botschafter.

London, 4. Sept. Nach einem Bericht aus Nagasaki vom Kapitän des Dampfers „Chimpo Maru“ ist die ganze Stadt ein einziger Trümmerhaufen. Nicht ein einziges Gebäude ist unversehrt geblieben. Das Feuer in Tokio ließ erst Sonntag nachmittag über nach, als von der Stadt nichts mehr übrig war. Alle Gefangenen, darunter auch die kürzlich eingeführten Sozialisten, wurden freigelassen, als das Gefängnis in Brand geriet.

bildete Große Koalition die einzige Möglichkeit bietet, auf verfassungsmäßigem Boden den Verlust zur Macht von Reich und Volk zu machen. Dieser Versuch sollte nach seiner Ansicht vom ganzen Volk und vor allem auch von der deutschnationalen Fraktion, die nach Lage der Dinge nicht aktives Mitglied der Regierungskoalition werden konnte, ebenso wie dem Kabinett Cuno gegenüber, mindestens durch wohlwollende Neutralität unterstützt werden. Die starke Abstimmung und die verschärfte Opposition halte er für falsch. Sie müsse zur Folge haben, daß die Bestrebungen, eine Diktatur von ganz links oder von ganz rechts aufzustellen, gefordert werden.

Eine offizielle Verleidigung der neuen Reichspolitik?

(Bericht aus Berlin) Berlin, 4. September. In Berliner politischen Kreisen, die bereit sind, daß Kabinett Stresemann zu unterstützen, wird gegenüber der scharfen Ablehnung der Stuttgarter Kanzlerrede durch nationale Blätter angeführt, daß man auf jeden Fall berücksichtigen müsse, daß das Kabinett Stresemann die Fehlung der Regierungsgeschäfte in Seiten übernahm, die weder in allgemeiner noch in wirtschaftlicher Hinsicht als normal anzusehen sind. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, daß das Kabinett zur Macht des Vaterlandes Wege einzuschlagen müsse, die geeignet erscheinen, der durchschlagenden Not am ehesten ein Ende zu bereiten.

Wenn behauptet werde, daß Dr. Stresemanns Rede hinsichtlich der Haltung gegenüber Frankreich einen vollkommenen Umschwung der Aussicht auf eine Friedenslösung bedeute, so müsse doch daraus folgeschlagen werden, daß der Kanzler ganz allgemein von einer industriellen Gemeinschaft gesprochen habe, einer wirtschaftlichen Gemeinschaft, durch die Frankreich für sich größere Sicherheiten erlangen würde, als dies jetzt der Fall sei. Gegenüber dem Vorwurf, es mit England verschwämt zu haben, sei doch wohl die Frage erlaubt, was England unter einer gewissen theoretischen Bereitswilligkeit denn an Kräften für Deutschland aufgeboten habe. Auch sei man aus Seiten der Reichsregierung sich darüber bewußt, daß es nur zu ungünstigen Deutschen ausgeschlagen könnte, wenn man versuche, von deutscher Seite aus eine alliierte Macht gegen die andere auszuholen.

Was den weiteren Vorwurf anlangt, daß der Kanzler sich bereit gezeigt habe, soviel zu tun, um die französische Macht gegen die eigene zu schützen, so müsse festgestellt werden, daß der Gedanke, die deutsche Privatwirtschaft zur Haltung heranzuziehen, bereits vom Kabinett Cuno zur Debatte gestellt und genehmigt worden sei. Wenn Stresemann erneut diesen Gedanken aufstellt, so lasse er sich sicherlich von der Erwähnung leiten, daß bei Freiwilligkeit mehr beachtet würden, als bei aufgezwungenem. Was weiter angebliche Mängel der Stresemannschen Rede betreffe, so müsse man auch bedenken, daß der Kanzler um des Eintrittes auf die internationale Welt halber nicht ständig die gleichen Gedankengänge wiederholen könne. Seine Reden seien das einzige Mittel, auf das vielleicht stumpfe Ausland zu wirken. Die Reichsregierung sei der Auffassung, daß die Rede des Reichskanzlers keine Aenderung der bisherigen Politik bedeute.

Was schließlich die Frage der Kriegsschuld anlangt, so sei wohl in einem Augenblick, wo Deutschland sich bestmöglich zeigt, mit Frankreich auf ehrliche und seiner Ehre keines Abbruch zufügende Weise ins Reine zu gelangen, kaum der geeignete Zeitpunkt zu erblicken, in dem von deutscher Regierungshilfe aus diese schwerwiegende Frage behandelt werden könnte. Angesichts der Tatsache, daß die kommenden Wochen Entscheidungen und Ereignisse bringen werden, die für unser deutsches Vaterland von größter Bedeutung sind, sei es im Augenblick wohl zweckmäßiger, die der Reichsregierung gegenüber in Opposition stehenden Kreise daran zu erläutern, daß keine Geschlossenheit des ganzen Volkes Voraussetzung dafür sei, daß der Reichsregierung aus ihrem schweren Bemühen Erfolg erwarte. Nichts liege der Reichsregierung fernerer, als um des Vaterlandes willen nationale Würde und Lebenskraft ans Spiel zu legen. Es müsse aber dem deutschen Volke noch mehr als bisher zum Gewissen kommen, daß nur Einigkeit uns dem ersehnten Ziele von Recht und Freiheit näherbringe.

Von amilistischen Seite wird mitgeteilt, daß die Nachricht einer sozialistischen Korrespondenz, die Reichsregierung habe in der Frage des passiven Widerstandes bestimmt die Schritte bei Frankreich getan, nicht richtig ist. Die Reichsregierung sei bemüht, angeholt der schweren finanziellen Belastung alles zu tun, um den Franzosen nicht die Verfügung über das Stützgebiet zufallen zu lassen.

Das Ziel der Stresemannschen Außenpolitik.

(London, 4. Sept. Reichskanzler Stresemann hat dem Berliner Verleiter des „Daily Express“ eine Unterredung gewährt, in der er ausführte, daß die Reparationsfrage nur durch eine gemeinsame Vereinbarung zwischen Deutschland und den Alliierten gelöst werden könne. Deutschland sei bereit, Reparationen zu zahlen, aber es kann das Auflageberechtigte sein, wäre dies unmöglich. Je früher die fremde Besetzung verschwindet, desto besser. Die ganze deutsche Politik gehe darauf hinan, die im Widerbruch zum Vertrag von Versailles beschädigten deutschen Gebiete wieder unter deutsche Hoheit zu bringen.

Neuer meldet aus Kobe, daß einige ausländische Flüchtlinge, die dort aus Yokohama eingetroffen sind, berichten, daß über 1000 ausländische Einwohner im Hafen von Yokohama umgekommen sind. Man befürchtet, daß der britische und amerikanische Konsul sich unter den Opfern befinden. Die britische Botschaft in Tokio ist unversehrt. Dagegen wird befürchtet, daß die italienische und die französische Botschaft zerstört sind. Über die amerikanische Botschaft in Tokio liegen Meldungen vor, die sich widersprechen. Da Neuport ist eine Meldung eingetroffen, wonach der amerikanische Konsul in Yokohama und seine Gattin tot sind. Das Foreign Office hat bisher nur einzige Meldung aus Japan erhalten, und zwar aus Kobe, in der der dortige englische Konsul mitteilt, daß verschiedene Botschaften und Gesandtschaften niedergebranzt seien.

Die Inseln Bonin, Oshio und Goshima sollen in die Fluten gesunken sein. Zwei Anhänger der Konsulat von Bonin und eine Gattin tot sind. Das Konsulat von Oshio hat bisher nur einzige Meldung aus Japan erhalten, und zwar aus Kobe, in der der dortige englische Konsul mitteilt, daß verschiedene Botschaften und Gesandtschaften niedergebranzt seien.

Die politischen Folgen des Erdbebens.

(San Francisco, 4. Sept.) Ein drahtloses Telegramm aus Amakusa, das 200 Meilen nördlich von Tokio liegt, besagt: Es besteht keine Hoffnung, daß Tokio innerhalb von Jahrzehnten wieder zu seiner alten Stellung als größte Stadt Japans gelangen könnte. Das japanische Blatt „Mainichi“ erklärt, daß Japan auf die Dauer von Generationsdurchgangen durch das Erdbeben in seinem Auschwung zurückgeworfen werden sei und daß es keine Stellung als Großmacht eingesetzt habe. Das Land habe keine finanziellen Reserven mehr, da sowohl die größten Betriebssachen wie die Banken durch das Erdbeben ruiniert worden seien.

Ein Mordanschlag auf den japanischen Ministerpräsidenten.

(London, 4. Sept.) Gegen den bisherigen Nachrichten sind hier Meldungen eingelaufen, daß auf den japanischen Ministerpräsidenten Yamamoto ein Mordanschlag verübt worden ist. Die bisherigen Blättermeldungen hatten gesagt, daß er ermordet worden wäre.